

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK IM I. VIERTELJAHR 1966

Selten standen Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik so sehr im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion, selten haben sie so häufig zu Schlagzeilen in der Tagespresse geführt, wie in diesem Berichtszeitraum. Werden die Preise noch mehr steigen oder wird es gelingen, das Preisniveau zu stabilisieren? Wird dies möglich sein, ohne daß das weitere Wirtschaftswachstum zu sehr gehemmt wird oder werden die einschränkenden Maßnahmen, mit denen der Preisanstieg bekämpft wird, zur Stagnation führen? Wird das Tempo des wirtschaftlichen Wachstums noch langsamer werden, bis hin zum Stillstand, oder lassen sich bereits Vorzeichen eines erneuten Aufschwungs erkennen? Das sind einige der Fragen, an denen gegenwärtig viele Menschen in der Bundesrepublik stark interessiert sind.

Die Aufmerksamkeit, mit der das wirtschaftliche Geschehen von breiteren Bevölkerungskreisen als sonst verfolgt wird, ist in den letzten Monaten noch dadurch erhöht worden, daß gleich mehrere Gutachten und Pläne zur Diskussion gestellt wurden. Da ist zunächst einmal das kurz vor Weihnachten veröffentlichte *zweite Jahresgutachten des Sachverständigenrates* zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung¹⁾. Es wurde immer wieder in der wirtschaftspolitischen Diskussion zitiert, und Mitte Februar war es Gegenstand einer zweitägigen Debatte im Bundestag²⁾. Kurz davor hatte der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium ein *Gutachten zur gegenwärtigen Preissituation* erstattet³⁾. 26 namhafte Nationalökonominnen aus acht Ländern forderten Mitte Februar in einem *Memorandum* größere Bewegungsfreiheit für die Wechselkurse. Ebenfalls Mitte Februar kam der *Grüne Bericht* über die Lage der Landwirtschaft heraus, und einige Tage später legte die Bundesregierung ihren Entwurf des *Grünen Plans 1966* zur Förderung der Landwirtschaft vor⁴⁾. Im finanzpolitischen Geschehen wurde im Februar sogar ein Meilenstein gesetzt: Die Sachverständigenkommission für die Finanzreform vollendete nach fast zweijähriger Arbeit ihr umfangreiches *Gut-*

*achten über die Finanzreform*⁵⁾; nunmehr hat der Gesetzgeber das Wort. Schließlich wurde Anfang März die Regierungsvorlage des *Bundeshaushaltsplans für 1966* im Bundestag eingebracht und in erster Lesung beraten. Im Zusammenhang hiermit gab das Bundesfinanzministerium den *Finanzbericht 1966* heraus, der u. a. eine Vorausschau auf Einnahmen und Ausgaben des Bundes bis 1970 enthält.

Die Akteure der Wirtschaftspolitik können sich zur Zeit also nicht über Mangel an Zahlenangaben, wissenschaftlichen Analysen und sachverständigen Vorschlägen beklagen. In den nächsten Monaten werden wir sehen, ob der rechte Gebrauch von der Arbeit der Wissenschaftler gemacht wird und ob deren Aussagen die Grundlagen für die wirtschaftspolitischen Entscheidungen bilden werden.

Zunächst wird sich das an der *Konjunkturpolitik der Bundesregierung* erweisen müssen. In ihrem zweiten Jahresgutachten haben die Sachverständigen zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung einen Zweistufenplan zur Stabilisierung des Preisniveaus vorgeschlagen. Es müßte nach ihrer Überzeugung möglich sein, die jährliche Preissteigerungsrate von rund 3,5 vH im Jahre 1965 in zwei Jahresetappen auf zunächst 2 vH und dann auf 1 vH herabzudrücken. Dazu bedürfte es freilich einer „konzertierten Aktion“ aller Gruppen, „die Macht und Verantwortung für die Inlandsnachfrage haben“, sowie des Willens der Bundesregierung zur Führung und zur Vorleistung. Im ersten Jahr des Stufenplans sollten sich die öffentlichen Haushalte, die Unternehmer mit ihren Investitionsausgaben sowie die Tarifparteien bei den Lohn- und Gehaltserhöhungen an einer Orientierungsrate von 6 vH ausrichten, die sich zusammensetzt aus dem voraussichtlichen *realen* Zuwachs an Gütern und Dienstleistungen (Sozialprodukt) in Höhe von 4 vH und einer — tolerierten — Preissteigerungsrate von 2 vH.

Bundesregierung lehnt Stufenplan der Sachverständigen ab

In der Bundestagsdebatte über das Gutachten der Sachverständigen erteilte der *Bundeskanzler* diesem Stufenplan jedoch eine Absage, ohne allerdings einen Gegenvorschlag zu machen. Vielmehr blieb der *Bundeskanzler* — wie man es bei ihm leider gewohnt ist — wieder einmal ganz allgemein; er lehnte es ab, „mit Zahlen zu jonglieren“. Der stufenweise Abbau der Preissteigerungen mit dem Festlegen von Fristen ist ihm „zu mechanistisch gedacht“. Statt dessen möchte er „noch schneller, als es der Stufenplan will, aus der inflationären Entwicklung herauskommen“. Wie er das schaffen

1) Bundestags-Drucksache V/123. Siehe auch unsere Besprechung des zweiten Jahresgutachtens in GM 2/1966, S. 105 ff.

2) Protokolle der 21. und 22. Sitzung des Deutschen Bundestages.

3) Der Text wurde im Bulletin der Bundesregierung vom 16. Februar 1966, S. 165 ff. abgedruckt.

4) Siehe Bulletin der Bundesregierung vom 26. und 27. Februar 1966.

5) Die Kerngedanken des sehr umfangreichen Gutachtens wurden im Bulletin der Bundesregierung vom 15. Februar 1966 wiedergegeben.

will, verriet der Bundeskanzler freilich nicht, und die Fragen der Oppositionssprecher Prof. *Schiller* und *Helmut Schmidt*, in welchem Zeitraum Prof. *Erhard* von einer Preissteigerungsrate von gegenwärtig 4,2 vH auf 0 vH kommen wolle, lehnte er als „zu planwirtschaftlich, zu mechanistisch“ und „zu exakt“ ab.

Das Exakte, genau Durchdachte und Erarbeitete liegt dem Bundeskanzler ganz offensichtlich nicht. Diese Debatte bewies es erneut. Man braucht seine Ausführungen nur an der Wirklichkeit, nämlich an der Preisentwicklung, zu messen. Im Januar 1966 lag der Preisindex für die Lebenshaltung mit 111,5 (1962 = 100) bereits um 2,3 vH über dem Jahresdurchschnitt von 1965 (109,0), und im Februar war er schon um 2,5 vH höher. Niemand kann ernsthaft annehmen, daß das Preisniveau im Verlauf dieses Jahres unter den Stand vom Januar sinken wird; dagegen ist ein weiterer Preisanstieg wahrscheinlich. Das bedeutet indessen, daß die im Stufenplan des Sachverständigenrates für das erste Jahr hingegenommene Preissteigerungsrate bereits im Januar 1966 überschritten wurde. Der Bundeskanzler aber redet, ohne ein Rezept zu nennen, davon, daß er „noch schneller“, als es die Sachverständigen vorschlagen, aus der inflationären Entwicklung herauskommen will. Das ist kein Ausdruck einer überzeugenden Politik. Es ist deshalb verständlich, wenn selbst in Kreisen, die im allgemeinen hinter der Politik des Bundeskanzlers stehen, die Kritik an seiner Haltung wächst. Die Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer hat ihm zum Beispiel kürzlich unverblümt mangelnden Führungswillen vorgeworfen, und das *Handelsblatt* fordert ihn in einem „Führung erbeten“ überschriebenen Leitartikel der Ausgabe vom 28. Februar 1966 auf, in der Wirtschaftspolitik „endlich das Steuer in die Hand zu nehmen, statt sich treiben zu lassen“. Diese Forderung wurde in unseren Vierteljahresberichten — mit fast denselben Worten — schon öfter ausgesprochen.

So sehr der Bundeskanzler auch das „Jonglieren mit Zahlen“ verabscheut, ausgerechnet während des Tarifstreits in der Metallindustrie nannte er doch eine Zahl: In einem Interview mit der Zeitung *Die Welt*, das am 29. Januar 1966 erschien, sprach er sich für 4 vH als der „richtigen“ Orientierungszahl für Lohn- und Gehaltserhöhungen aus. Auf diesen Steigerungssatz, der dem für dieses Jahr erwarteten Produktivitätszuwachs entspricht und deshalb Preiserhöhungen nicht berücksichtigt, wollten die Arbeitgeberverbände die Lohn- und Gehaltserhöhungen begrenzen. Wäre ihnen das gelungen, würde die volle Last der Preiserhöhungen einseitig den Arbeitnehmern zugeschoben werden. Schon jetzt — ohne die Preissteigerungen, die im Laufe des Jahres noch zu erwarten sind — bedeutet eine *Nominallohnerhöhung* von 4 vH nämlich eine Zunahme der realen Kaufkraft der Löhne um nur etwas

mehr als 1,5 vH. Eine solche einseitige Belastung wollten die Sachverständigen mit der von ihnen vorgeschlagenen „Stabilisierungsnorm“ von 6 vH im ersten Jahr, an die sich alle großen Wirtschaftsgruppen in einer „konzertierten Aktion“ zu halten hätten, gerade vermeiden.

Gewerkschaften leisten Beitrag zur Geldwertstabilität

Die Gewerkschaften waren demgegenüber von vornherein bereit, den Empfehlungen der Sachverständigen zu folgen. Sowohl die IG Metall als auch die IG Bau, Steine, Erden zeigten bei ihren Tarifverhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden eine Verantwortungsbewußte, an den Interessen der gesamten Volkswirtschaft orientierte Haltung. So ließ der Vorsitzende der IG Metall, *Otto Brenner*, schon frühzeitig erkennen, daß seine Gewerkschaft zu einem Kompromiß bereit sei, der dem Vorschlag der Sachverständigen entsprach. Die Sprecher der Arbeitgeber gingen darauf aber nicht ein, und sie lehnten auch die Vorschläge der Schlichtungsstellen in Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen — die ebenfalls an den Empfehlungen der Sachverständigen orientiert waren — ab, während die zuständigen Gremien der IG Metall ihnen zustimmten. Offensichtlich war es der schlechte Eindruck, den die Mißachtung der Schlichtungsvorschläge und der Empfehlungen der „fünf Weisen“ in der Öffentlichkeit hervorrief, der die Arbeitgeber schließlich veranlaßte, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Es wurde ein Verhandlungsergebnis erzielt, das ziemlich genau dem vier Wochen zuvor von *Otto Brenner* angedeuteten Kompromiß entsprach: Die Löhne und Gehälter in der metallverarbeitenden Industrie wurden rückwirkend zum 1. Januar um 6 vH erhöht. Am 1. Januar 1967 erfolgt eine weitere Erhöhung um 5 vH, in der der Lohnausgleich für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden enthalten ist — auch das entspricht genau der „Stabilisierungsnorm“ der Sachverständigen für die zweite Stufe. Die Arbeitszeitverkürzung sollte, nachdem sie schon einmal verschoben worden war, am 1. Juli 1966 erfolgen; jetzt ist sie erneut auf den 1. Januar 1967 verschoben worden.

Auch die Tariflohn- und -gehaltserhöhungen in der Bauwirtschaft halten sich im Rahmen des Sachverständigengutachtens und sind somit ein Beitrag zur Geldwertstabilität: Ab 1. April 1966 werden die tariflichen Löhne und Gehälter um 5,3 vH erhöht; die Laufzeit des Vertrages beträgt zwölf Monate. Unberührt davon sind die bereits im vorigen Jahr vereinbarten, seit dem 1. Januar 1966 zu zahlenden, vermögenswirksamen Leistungen in Höhe von 9 Pf je Arbeitsstunde, vorausgesetzt, daß der Bauarbeiter selbst 2 Pf hinzusteuert —

für die Angestellten gilt dieser Vertrag entsprechend. Diese vermögenswirksamen Leistungen sind indessen preisneutral, da die Sparbeträge auf die Dauer von fünf Jahren festgelegt sind.

Leider ist zu befürchten, daß die Gewerkschaften ziemlich die einzigen bleiben werden, die sich uneingeschränkt an den Stufenplan des Sachverständigenrates gegen den Preisanstieg halten und ihren Beitrag zur Geldwertstabilisierung leisten. Der Bundeskanzler hat den Stufenplan nicht nur abgelehnt und keine ernst zu nehmende Alternative aufgezeigt; schlimmer noch, hat die Bundesregierung einen Entwurf des Bundeshaushaltsplans für 1966 vorgelegt, der nicht an der „Stabilisierungsnorm“ von 6 vH orientiert ist, und sie hat es zu verantworten, wenn einige bedeutende „politische Preise“ entweder bereits — wie die Bahntarife — gestiegen sind oder im Laufe der nächsten Zeit steigen werden.

Die Regierungsvorlage zum Bundeshaushaltsplan für 1966 sieht Gesamtausgaben in Höhe von 69,15 Md. DM vor. Von diesem Betrag sind allerdings 1,7 Md. DM abzuziehen, die der Bund an Lastenausgleichsabgaben für den Lastenausgleichsfonds lediglich einnimmt und sogleich an diesen weiterleitet. Es bleiben 67,5 Md. DM an „Haushaltsausgaben im engeren Sinne“; zur Beurteilung des Haushalts ist es am sinnvollsten, diese Größe — die von durchlaufenden Posten und Doppelzahlungen bereinigt ist — zu verwenden. Wieviel der Bund im vergangenen Jahr „im engeren Sinne“ ausgegeben hat, ist noch nicht genau bekannt; man wird den Betrag jedoch mit rund 63 Md. D-Mark ziemlich richtig schätzen. Demnach sind die für 1966 veranschlagten „Haushaltsausgaben im engeren Sinne“ um rund 4,5 Md. D-Mark höher als die Ist-Ausgaben von 1965. Die Zuwachsrate beträgt zwischen 7 und 7,5 vH; sie liegt somit über den Empfehlungen der Sachverständigen. Dabei wird vorausgesetzt, daß in diesem Jahr das Haushalts-Soll nicht wieder überschritten wird, was nach den bisherigen Erfahrungen keineswegs selbstverständlich ist.

Untätigkeit und Planlosigkeit führen beim Bund zum Finanzchaos

Der Bund schiebt Ausgaben in beträchtlicher Höhe, die zum Teil bereits beschlossen waren und zunächst nur für 1966 durch das Haushaltssicherungsgesetz ausgesetzt worden sind, vor sich her. Das Bundesfinanzministerium hat in dem von ihm Anfang März herausgegebenen *Finanzbericht 1966* für das Jahr 1967 eine voraussichtliche Finanzierungslücke zwischen dem Gesamtausgabebedarf und den ordentlichen Einnahmen in Höhe von 5,6 Md. D-Mark errechnet; durch die Aufnahme von Krediten würde sich das Defizit bestenfalls

auf etwa 4 Md. DM herabdrücken lassen. Noch etwas größere Defizite wurden für 1968 und 1969 vorausgeschätzt. Selbst wenn man bei der Vorausschau des Finanzministeriums eine Portion Zweckpessimismus in Rechnung stellt, bleibt als Ergebnis, daß die finanzielle Misere des Bundes eher noch größer wird.

In diese Lage hat sich indessen die Bundesregierung und hat sich insbesondere der Bundeskanzler durch Planungsfeindlichkeit und durch das ständige Treibenlassen selbst gebracht. Anderthalb Jahrzehnte lang hat Prof. Erhard diejenigen, die im Rahmen der Marktwirtschaft für eine vorausschauende, planvolle Politik eintreten, verspottet und auch verleumdete. Neuerdings erst ist der Bundeskanzler bereit, einem mehrjährigen Finanzplan des Bundes zuzustimmen. Diesen Meinungswandel hat offensichtlich das dem Bunde drohende Finanzchaos bewirkt. Jetzt müssen nämlich die Versäumnisse der Vergangenheit bezahlt werden. Ob es sich nun um die Energiepolitik, die Verkehrspolitik oder die Wissenschaftsförderung, den Finanzausgleich, die Agrarstruktur oder die Finanzlage der Krankenhäuser und der Krankenkassen handelt — jahrelang hat man die dringenden Strukturprobleme nicht angepackt, sondern vor sich hergeschoben. Aber die Probleme lösten sich nicht von selbst. Vielmehr wurden sie meist komplizierter und drängen jetzt allesamt zu Lösungen, die in den nächsten Jahren den Bundeshaushalt — aber auch die Haushalte der Länder und Gemeinden — erheblich belasten werden.

Unter dem Zwang der leeren Kassen sind Regierung und Gesetzgeber bemüht, einen Teil der Lasten auf den Verbraucher abzuwälzen — dieses Bemühen wird künftig noch stärker werden. Die Abwälzung erfolgt direkt oder indirekt durch Preiserhöhungen. Ein Beispiel hierfür ist die Erhöhung der Bahntarife. Ein anderes Beispiel sind die Heraufsetzungen der Krankenkassenbeiträge, die größtenteils deshalb erforderlich wurden, weil dringende Neuregelungen nicht rechtzeitig und dann zu Ungunsten der Krankenkassen erfolgten. Es gibt noch eine Reihe solcher Beispiele; nicht selten muß dabei der Verbraucher für Versäumnisse der Politik in der Vergangenheit bezahlen.

Auch in diesem Jahre muß mit der Erhöhung politisch bedingter Preise gerechnet werden. Weitere Kreise werden am 1. Juli 1966 zu „weißen Kreisen“ — dort werden die Mieten steigen —, und es ist zu vermuten, daß auch in diesem Jahr die Agrarpreispolitik der Bundesregierung das Preisniveau steigen läßt. Der Präsident des Bauernverbandes, *Rehwinkel*, hat kürzlich den Bundeskanzler daran erinnert, daß er ihm 1964 höhere Agrarpreise zugesagt hat, vermutlich als Ersatz für sonst noch größere Subventionen aus dem Bundeshaushalt.

Die Preise werden 1966 um mehr als 3 vH steigen

Der Bundeskanzler aber will „noch schneller“ als die Sachverständigen zu einem stabilen Preisniveau gelangen. Wer soll das ernst nehmen? Können die Gewerkschaften ihm vertrauen? Müssen sie nicht vielmehr befürchten, daß ihre verantwortungsbewußte, am Sachverständigengutachten orientierte Haltung ihnen Nachteile bringen wird, wenn das Preisniveau wegen der Untätigkeit der Bundesregierung in diesem Jahr um mehr als 2 vH steigt (mit mindestens 3 vH muß wohl schon heute gerechnet werden!)?

Bei dieser Preisentwicklung liegen Lohn-erhöhungen von 6 vH auch konjunkturpolitisch an der unteren Grenze. Wer 4 vH als obere Grenze verlangt, tritt praktisch dafür ein, daß die zur Zeit stärkste konjunkturelle Antriebskraft, der private Verbrauch, fast völlig abgebremst wird. Bei einer Zunahme der Bruttolöhne und -gehälter um 4 vH würde die (reale) Kaufkraft der Nettolöhne und -gehälter in diesem Jahr kaum größer sein als 1965; der private Verbrauch wird indessen größtenteils durch die Einkommen der Arbeitnehmer finanziert.

Privater Verbrauch ist die wichtigste Konjunkturstütze

In den letzten Monaten hat sich die Nachfrage der privaten Haushalte jedenfalls günstig auf die Konjunktur ausgewirkt. Das zeigt sich nicht zuletzt bei den Auftragseingängen von inländischen Firmen bei der *Verbrauchsgüterindustrie*. Sowohl im Dezember 1965 als auch im Januar 1966 hatte diese Industrie-gruppe gegenüber den gleichen Vorjahresmonaten die größten Zuwachsraten unter den inländischen Bestellungen bei Industriefirmen zu verzeichnen⁶⁾. Die *Grundstoffindustrie* hatte dagegen im Januar — immer dem Wert nach — nicht mehr Aufträge aus dem Inland erhalten, als ein Jahr zuvor; im Dezember hatte die Zuwachsrate noch 5 vH betragen. Die *Investitionsgüterindustrie* mußte, nachdem im Dezember nur der Vorjahrsstand erreicht worden war, im Januar 1966 sogar einen Rückgang der Inlandsaufträge um knapp 8 vH gegenüber dem Januar 1965 hinnehmen. Ganz deutlich zeigt sich hieran, daß die Unternehmer in ihren Investitionsentscheidungen vorsichtig geworden sind und vielfach ihre Investitionspläne kürzen oder zeitlich strecken.

Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung schätzt, daß die Ausgaben für *Brutto-Anlageinvestitionen* in der Industrie in diesem Jahr um etwa 5 vH höher sein werden als 1965; im

6) Dieser Bericht wurde am 14. März 1966 abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über die Auftragslage und die Produktion in der Industrie sowie über den Außenhandel erst bis zum Januar 1966 vor.

vergangenen Jahr betrug die Zuwachsrate noch etwa 15 vH. Die wichtigsten Gründe für diese Zurückhaltung sind die geringer gewordenen Absatz- und Gewinnerwartungen sowie der dadurch — und zudem als Folge der Kredit-einschränkungen der Bundesbank — enger gewordene Finanzierungsspielraum. Allmählich wirken nämlich die Kreditbremsen der Bundesbank, die vor etwa anderthalb Jahren angezogen worden waren, stärker und umfassender.

Im ganzen waren die *Inlandsaufträge* im Januar 1966 niedriger als ein Jahr zuvor — auch im Dezember 1965 war die Zunahme mit knapp 3 vH nicht mehr befriedigend. Wenn die gesamten Bestellungen in der Industrie im Januar überhaupt noch gerade das Niveau des gleichen Vorjahrsmonats erreichten, dann lag das an der seit einigen Monaten wieder erfreulichen Entwicklung der *Auslandsnachfrage*. Die *Auslandsaufträge* waren im Januar um fast 7 vH und im Dezember sogar um gut 14 vH höher gewesen als ein Jahr zuvor. An dieser Entwicklung waren alle drei großen Industriebereiche beteiligt.

Die erneute Belebung der *Auslandsnachfrage* ist im wesentlichen auf einen Konjunkturaufschwung in Frankreich und Italien — dort ist der Konjunkturverlauf seit 1963 dem in der Bundesrepublik entgegengerichtet — sowie auf die anhaltend gute Konjunktur in den USA mit einem wachsenden Einfuhrbedarf in diesen Ländern zurückzuführen. „Immerhin wird ein Drittel der deutschen Warenausfuhr ... der direkten Expansionswirkung der Vorgänge in Italien, Frankreich und den USA unterliegen“, hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (in seinem Wochenbericht vom 25. Februar 1966) festgestellt.

Preisstabilität durch weitere Restriktionen oder durch Wachstumspolitik?

Kann die Belebung des Ausfuhrgeschäftes als Vorzeichen eines erneuten Konjunkturaufschwungs, wie im Jahre 1963, angesehen werden? Oder wird sich das Konjunkturklima noch mehr abkühlen? Das wird in erster Linie davon abhängen, welches konjunkturpolitische Rezept in den nächsten Monaten befolgt wird. Der Präsident der Bundesbank ist bereit, auch eine weitere Abkühlung der Konjunktur in Kauf zu nehmen, um zur Geldwertstabilität zu gelangen. „Eine temporäre Abkühlung auf eine Zuwachsrate von 2 oder 3 vH würde bereits erhebliche stabilisierende Wirkungen haben. .. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, sind wir auf dem Wege zu einer solchen Abkühlung.“

7) Aus einem am 24. Februar 1966 an der Universität Mainz gehaltenen Vortrag des Präsidenten der Bundesbank (Auszüge aus Presseartikeln Nr. 15 vom 25. Februar 1966, herausgegeben von der Deutschen Bundesbank).

Die Gefahr, daß dieser Weg leicht zur Stagnation führen kann, ohne die Geldwertstabilität zu erreichen, ist nicht zu unterschätzen. In den vorangegangenen Wachstumszyklen hat sich nämlich gezeigt, daß der Preisanstieg gerade immer während der Wachstumspausen am stärksten war⁸⁾. Das hängt vor allem mit der dann zurückgehenden Ausnutzung der Produktionskapazitäten und der dadurch bedingten Erhöhung der Stückkosten zusammen. Zudem bleiben die „politisch bedingten“ Preiserhöhungen von den Maßnahmen der Bundesbank unberührt.

„In der heutigen Situation des Nachfrage mangels verspricht (jedenfalls) das traditionelle Rezept, die Preisanhebungen mit einer Dämpfung der inländischen Nachfrage zu bekämpfen, wenig Erfolg.“ Das ist die der Bundesbank entgegengesetzte Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), veröffentlicht im Wochenbericht des Instituts vom 25. Februar 1966. „Unter den heutigen Bedingungen einer deutlich abflauenden Binnenkonjunktur würde . . . eine Verschärfung des Restriktionskurses vermutlich weit mehr das reale Wachstum beeinträchtigen als zur Dämpfung des Preisauftriebs beitragen. Sie wäre also weit mehr eine Entscheidung gegen das Wachstum als eine Entscheidung für die Geldwertstabilität.“ (DIW-Wochenbericht vom 4. Februar 1966.)

8) Siehe hierzu ausführlich „Preisstabilität durch Expansion“ in *Der Volkswirt*, Nr. 6 vorn 11. Februar 1966, S. 160 ff.

Geringeres Wachstum als es möglich wäre — bis hin zur Stagnation — und trotzdem Fortdauer des Preisanstiegs: diese Gefahr birgt das Rezept der Bundesbank. Überzeugender ist u. E. eine — vom DIW vorgeschlagene — gesteuerte Wachstumspolitik, die sowohl das mögliche Wirtschaftswachstum sichert als auch infolge der zunehmenden Kapazitätsbelastung und der dadurch wieder stärker steigenden Arbeitsproduktivität einen Druck auf die Preise ausübt. Sie hätte in erster Linie bei den staatlichen Bauinvestitionen anzusetzen und diese gegenüber den jetzigen Plänen zu erhöhen. Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung warnte ebenfalls vor einer weiteren Konjunkturdämpfung — insbesondere vor nochmaligen Kürzungen bei den Staatsausgaben —, da sonst das Wachstum der Produktivität behindert statt verstärkt würde.

Schließlich äußert auch das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in seinem neuesten Konjunkturbericht Skepsis darüber, ob man heute noch die Preissteigerungen mit Restriktionen bekämpfen sollte. Eine solche Politik „käme zu spät“. Vielmehr bedürfe es, um aus dem Teufelskreis ständiger Preissteigerungen herauszukommen, eines neuen Stils in der Wirtschaftspolitik. An die Stelle des „laissez-aller“ und der spontanen Eingriffe muß eine Politik treten, die den Wirtschaftsprozess in all seinen Phasen bewußt leitet und die Daten so setzt, „daß die Geldwertstabilität und das wirtschaftliche Wachstum als Ziel verwirklicht wird“.

Günter Pehl